

Beschluss



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

der 11. Landesdelegiertenversammlung

Gesetzesvorlage zum Forderungssicherungsgesetz reicht nicht

1

2 Die MIT fordert den Gesetzgeber auf, das zur Verabschiedung vorliegende
3 Forderungssicherungsgesetz nicht zu verabschieden, weil es in der vorliegenden
4 Fassung das Problem nicht annähernd löst

5

6 Begründung:

7 Das zugrunde liegende Problem war, dass durch die schlechte Zahlungsmoral insbesondere in der
8 Baubranche die Betriebe reihenweise insolvent werden. Das neue Forderungssicherungsgesetz löst dieses
9 Problem nicht, nicht einmal ansatzweise.

10 Ein neues Gesetz ist unsinnig, wenn es das zugrunde liegende Problem nicht löst, es widerspricht sogar dem
11 Bürokratieabbau.

12 Die MIT Kreis Wesel fordert die Bundesregierung daher auf, diesen Gesetzesentwurf zurück zu nehmen und
13 problemorientiert zu überarbeiten. Dem MIT-Bundesvorstand liegt die "Reform für Handwerker offene
14 Rechnungen" aus der 8. Bundesdelegiertenkonferenz in Bremen vor, welches das grundlegende Problem löst.
15 Diese Reform muss durch ein entsprechendes Gesetz umgesetzt werden.